

**Projektland: Ägypten****Quartal/Jahr: Juli - September 2010****Schlagzeilen:**

- **„Ramadan Kareem“ – Eit el Fitr (Fest des Fastenbrechens) beendet den Fastenmonat**
- **Ägypten stellt sich gegen die Vollverschleierung**
- **Spektakulärer Mordprozess endet mit 15 Jahren Haft**
- **Ägypten vor den Parlamentswahlen**
- **6% Wirtschaftswachstum in Ägypten**

Der **heilige Monat Ramadan** ist vorbei – und für viele Ägypter kommt nun die Zeit des Sparens. Das Land am Nil ist für seine ausgelassene Art, den islamischen Fastenmonat zu feiern, in der ganzen arabischen Welt bekannt, und wenn der Ramadan in die Sommermonate fällt wie dieses Jahr, dann wird die Nacht zum Tag.

Auch wenn jedes Jahr zum Ramadan alles teurer wird, feiert man mit Verwandten und Freunden den ganzen Monat, gibt Einladungen und kauft den Kindern Geschenke.

Nach Ramadan müssen aber viele Ägypter den Gürtel enger Schnallen und dieses Jahr kommt mit dem Ende des Ramadans auch der Beginn des neuen Schuljahres, was immer mit Kosten für neue Uniformen und Büchern verbunden ist.

Neben dem nächtlichen Bummel in der Stadt und den Gesprächen auf den Nilbrücken, ist Kino und Fernsehen das Hauptvergnügen der Massen. „Soap Operas“ werden über das ganze Jahr hindurch speziell für den Fastenmonat gedreht und die Filme werden in viele arabische Länder verkauft. Einige Sender haben, im Wettstreit mit westlichen Liebesdramen, in diesem Jahr oft die Schwelle der für die Zensoren geltenden Moralvorstellung überschritten, und so wurden in zahlreichen Serien ganze Passagen herausgeschnitten.

Wie stark das Land in einem Spannungsfeld zwischen der westlichen Moderne und einer orthodoxen islamischen Moralvorstellung lebt, zeigt die Diskussion um die **Vollverschleierung** im Land. Die Regierung möchte den Einfluss der orthodoxen Strömungen im Islam, hier insbesondere der in Ägypten verbotenen Muslimbruderschaft, eingrenzen und fordert im Einklang mit dem Großscheich der Al Azhar ein Verbot des Niqab an Schulen, Universitäten, Clubs und Restaurants. Begründet wird dies mit dem Hinweis auf die Pflicht der Regierung, die Sicherheit im Land zu gewährleisten – was durch eine Vollverschleierung hinsichtlich möglicher Anschläge schwer zu erfüllen wäre. Das oberste Verwaltungsgericht hat ein grundsätzliches Niqab-Verbot unter Verweis auf die Religionsfreiheit abgelehnt, doch ein Verbot an Schulen und Universitäten sei dem Staat und den Trägern der Schulen freigestellt.

Als Frankreich im September als zweites europäisches Land nach Belgien den Gesichtsschleier – in Ägypten der Niqab, in Afghanistan die Burka – durch das Parlament verboten hat, kam aus Ägypten eine nicht erwartete Zustimmung: „An Europa und Frankreich möchte ich als Botschaft schicken – der Niqab hat keine Grundlage im Islam, er schadet vielmehr dem Ansehen des Islam“ erklärte Abdel Muti Al-Bayumi, Mitglied des Hohen Rates der Geistlichkeit an der Al-Azhar Universität, der höchsten Lehrautorität für die sunnitischen Muslime, die die überwiegende Mehrzahl aller Muslime stellen. Schon der verstorbene Großscheich Muhammad Sayyid Tantawi hat im Oktober 2009 eine vollverschleierte Schülerin einer der Al-Azhar angegliederten Schule aufgefordert, den Niqab abzulegen – er sei mit dem Islam nicht vereinbar. Diese Auffassung wird auch von seinem Nachfolger, Großscheich Ahmed al-Tayeb, vertreten.

Mit großer Aufmerksamkeit hat die ägyptische Bevölkerung den **Prozess um den Milliardär Hischam Talaat Mustafa** verfolgt - einen Immobilien Tycoon und engen Vertrauten der Präsidentenfamilie, der im Führungsgremium der Regierungspartei NDP sitzt und zu allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Größen des Landes beste Beziehungen pflegt.

Hischam Talaat Mustafa hatte ein Liebesverhältnis mit der libanesischen Sängerin Suzan Tamim, das diese 2008 beendete und daraufhin ihren Wohnsitz nach Dubai verlegte. Der „gehörnte“ Liebhaber -nach eigenen Aussagen glücklicher Ehemann und Familienvater- war in seiner Ehre so verletzt, dass er seinem Leibwächter Al-Sukkari den Auftrag erteilte, Suzan Tamim zu ermorden.

Im Juli 2008 hat Al-Sukkari der Sängerin in ihrer Wohnung die Kehle durchgeschnitten, wurde aber gleich nach der Tat des Verbrechens überführt und zur Fahndung ausgeschrieben, da das Wohngebäude durch Kameras überwacht war. Al-Sukkari flüchtete nach Ägypten, wo er und Talaat Mustafa verhaftet wurden.

Sowohl die Verhaftung als auch der anstehende Prozess haben in der arabischen Welt für großes Aufsehen gesorgt, da Suzan Tamim in der arabischen Musikwelt ein Popstar war.

In einem ersten Urteil im Mai 2009 wurden sowohl Hischam Talaat Mustafa wie auch sein ehemaliger Leibwächter zum Tod durch den Strang verurteilt – man wollte dem Volk zeigen, dass die Justiz auch gegenüber der „Parteiklientel“ hart vorgeht!

Bei der nun durchgeführten Berufungsverhandlung wurde Hischam Talaat Mustafa schuldig gesprochen, den Mord an der Sängerin in Auftrag gegeben zu haben – ein Schuldspruch, der schon im ersten Prozess ausgesprochen wurde. Da er aber an die Familie der Sängerin ein „Blutgeld“ bezahlt hat, wurde er in dem Berufungsverfahren nun zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, sein ehemaliger Leibwächter, der die Tat ausgeführt hatte, zu lebenslanger Freiheitsstrafe – in Ägypten 25 Jahre, erweitert um 3 Jahre wegen illegalen Waffenbesitzes.

Der Prozess wurde von vielen ägyptischen Kommentatoren als Test für die Neutralität der Justiz im Land gesehen – ob ihre Erwartungen aber erfüllt wurden, bleibt dahingestellt. Abdullah el-Sinnawi, Redakteur der Oppositionszeitung *Al-Arabi* bezeichnet das Urteil als „Ergebnis der Ehe zwischen der Regierung und den Reichen des Landes“ - „Das Regime schützt seine Anhänger“!

Ende November 2010 finden in Ägypten **Parlamentswahlen** statt – in einer Zeit zunehmender Unzufriedenheit durch die Perspektivlosigkeit vieler junger Ägypter und der immer schwieriger werdenden Versorgungslage durch steigende Preise und die Zunahme von Arbeitslosigkeit.

Durch den Erfolg der Muslimbrüder bei den Parlamentswahlen 2005, als diese mit unabhängigen Kandidaten (die Bruderschaft ist offiziell verboten) trotz extremer Wahlbehinderung und Wahlfälschung 88 der insgesamt 454 Parlamentssitze errungen hatten und somit zweitstärkste Kraft nach der Regierungspartei NDP wurde, wird diese Wahl vom Ausland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. (444 Parlamentarier werden in 222 Wahlbezirken gewählt, davon müssen 50 % Bauern oder Arbeiter sein, der Rest aus anderen Berufen. Der Präsident kann dann noch weitere 10 Sitze selbst benennen.)

Die NDP zeigt sich vor dem Wahlgang 2010 sichtbar nervös – sicher auch vor dem Hintergrund der 2011 anstehenden Präsidentenwahl. Seit Wochen führt die Opposition, angeführt von dem ehemaligen IAEA Direktor El Baradei, eine Diskussion, die Wahl zu boykottieren. 2010 werden die Wahlen an einem Tag durchgeführt – eine Änderung gegenüber den Wahlen 2005, als noch in drei Wahlgängen gewählt wurde, und man so nach dem „Auftakt“ in den zwei noch verbleibenden Wahlgängen „Korrekturen“ zur Erringung der gewünschten 2/3 Mehrheit vornehmen konnte.

Der Verfasser wird Anfang November eine umfassende Vorschau zu den Parlamentswahlen 2010 in einem politischen Sonderbericht auf der Website der Hanns-Seidel-Stiftung veröffentlichen.

Wirtschaftsdaten aus Ägypten

Das ägyptische Parlament hat den Haushalt 2010/2011 im Parlament verabschiedet. Die geplanten Ausgaben belaufen sich auf rund 400 Mrd. EGP (ca. 55 Mrd. Euro), die Einnahmen werden auf 280 Mrd. EGP (ca. 40 Mrd. Euro) geschätzt. Dies wird zu einem Haushaltsdefizit von 7,9% führen. Die Ausgaben des ägyptischen Staates haben sich um 28,9% erhöht, man rechnet jedoch durch die gestiegenen Importpreise bei einigen Grundnahrungsmitteln wie z.B. Weizen mit einer weiteren Erhöhung des Haushaltsdefizits.

Die Hauptausgabenblöcke sind Staatsgehälter mit rund 95 Mrd. EGP sowie Subventionen mit rund 115 Mrd. EGP.

Seit einiger Zeit wird von Experten gefordert, eine Reform des Subventionswesens vorzunehmen. Nicht nur, dass die Forderung der Weltbank zu weiterem Subventionsabbau umgesetzt werden soll, man fordert auch eine zielgerichtete Förderung der Bedürftigen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass vor den Parlamentswahlen im November 2010 dieses politisch brisante Thema nicht angegangen wird.

Für das Fiskaljahr 2010/2011 erwartet die ägyptische Regierung ein Wirtschaftswachstum von rund 6% - für westliche Staaten eine utopische Zahl. Viel wird jedoch von der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Steigerung des Tourismus abhängen. Verkraften musste man in den vergangenen Monaten einen Rückgang der Einnahmen durch den Suezkanal, da ca. 15% weniger Schiffe diesen Schifffahrtsweg passiert haben.

Zur Sanierung des Haushalts plant die ägyptische Regierung für das Jahr 2011/2012 die Einführung einer Mehrwertsteuer sowie die Umsetzung der Grundsteuer, über die schon seit Monaten gestritten wird. Ursprünglich war durch die Erhebung dieser Steuern geplant, das Haushaltsdefizit bis 2012 auf 3% zu senken – dieses Ziel wurde aber auf 2015 verschoben.

Direkt nach den Parlamentswahlen vom November 2010 wird das Thema Mindestlohn wieder aufleben, da in den vergangenen Jahren die Lebenshaltungskosten dramatisch gestiegen sind. Derzeit liegt der monatliche Mindestlohn bei 35 EGP – rund 5 Euro!!

Diese Vorgabe stammt noch aus dem Jahr 1984 - schon damals ein Betrag, der kaum die unterste Grenze der menschlichen Existenz abdeckte.

In einem aktuellen Gerichtsurteil wurde die Regierung verpflichtet, den Mindestlohn den derzeitigen Lebenshaltungskosten anzupassen (hierbei ist zu beachten, dass in Ägypten eine Inflationsrate von ca. 13% im Jahresmittel besteht). Gefordert wird nunmehr ein Mindestlohn von 1 200 EGP (ca. 150 Euro). Diese Zahl basiere, so Ahmed El Nagggar vom *Al Ahram Center for Political and Strategic Studies* auf einer eher konservativen Schätzung dessen, was ein Arbeiter für seine Lebenshaltungskosten einschließlich der Ausgaben für Miete, Nahrung, Transport und Gesundheit benötigt.

Eine Anhebung des Mindestlohns hätte allerdings drastische Auswirkungen auf den ägyptischen Haushalt, da der Staat rund 7,9 Mio. Menschen (Stand: Anfang 2009, man kann derzeit sicherlich von 8 Mio. ausgehen) beschäftigt und für deren Gehälter rund 27% seines Budgets ausgibt. Experten sehen daher kaum einen Spielraum für eine Anhebung des aktuell bei staatlichen Beschäftigten gezahlten Lohns. Derzeit lebt eine große Anzahl der Staatsbediensteten in einfachen Beschäftigungen von etwa 300 EGP als Monatslohn.

Eine Untersuchung des *Egyptian Center for Economic Studies* (ECES) kommt zu dem Ergebnis, den Mindestlohn auf etwa rund 730 EGP festzusetzen.

Eine interessante Feststellung der Studie ist, dass die Spanne zwischen dem niedrigsten und höchsten gezahlten Gehalt im öffentlichen Dienst zwischen 90 EGP und 1 Mio. EGP liegt. Hinzu komme ein undurchsichtiges Geflecht von Zusatzleistungen. Insoweit ist das gesamte Gehaltssystem im öffentlichen Sektor auf den Prüfstand zu stellen.

Entsprechend dem Vorbild der Universitätsprofessoren oder den Finanzbeamten, welche im Frühjahr für eine Anhebung Ihrer Bezahlung gestreikt haben, ist nach den Parlamentswahlen vom November sicherlich bei einzelnen Berufsgruppen mit landesweiten Streiks zu rechnen.

Quelle: DAIHK, Newsletter June 2010

Kairo, 04. Oktober 2010

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: WOLFGANG MAYER, AUSLANDSMITARBEITER ÄGYPTEN
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 04.10.2010